

Simone Claar*

Kein Ende des grünen Kolonialismus

Der Europäische Green Deal reproduziert die Abhängigkeiten von Afrika

Zusammenfassung: Europa macht sich auf den Weg zu einem europäischen grünen Deal (EGD) und setzt neue Maßstäbe für ein grünes Wirtschaftsparadigma. Allerdings gibt es innerhalb des EGD Aspekte, die sich nicht alleine in Europa bearbeiten lassen. Der Beitrag diskutiert die Ansätze der EU-Afrika Strategie innerhalb des EGD auf den Feldern Wasserstoff und Biodiversität. Es zeigt sich, dass sich hierbei das bestehende asymmetrische Verhältnis zwischen Afrika und der EU reproduziert, und es schwer wird, afrikanische Ideen einer sozial-ökologischen Transformation einzubringen.

Schlagwörter: Europäischer Grüner Deal, Wasserstoff, Biodiversität, Europa-Afrika-Beziehung, sozial-ökologische Transformation

No end to green colonialism

The European Green Deal reproduces Africa's dependencies

Abstract: Europe is embarking on a European Green Deal (EGD) and setting new standards for a green economic paradigm. However, there are aspects within the EGD that cannot be resolved in Europe alone. The article discusses the approaches of the EU-Africa strategy in the EGD in the fields of hydrogen and biodiversity. It shows that the existing asymmetric relationship between Africa and the EU is manifested, it will be difficult to introduce African ideas of a socio-ecological transformation.

Keywords: European Green Deal, hydrogen, biodiversity, Europe-Africa Relationship, social-ecological transformation

Während sich weltweit die ökologischen Probleme zuspitzen, gewinnt international ein grünes Wachstumsparadigma an Bedeutung: Die EU reagiert auf die Entwicklungen mit ei-

nem Europäischen Grünen Deal (EGD), der ein nachhaltiges Europa mit wirtschaftlicher Prosperität versöhnen soll. In einer globalisierten Welt hat der EGD allerdings Implikationen für andere Weltregionen wie z.B. Afrika. Diese sind nicht unproblematisch, finden jedoch bisher kaum Beachtung in

* Dr. Simone Claar  leitet die Nachwuchsgruppe Glocalpower an der Universität Kassel.

der Debatte – und das, obwohl der EGD die Zusammenarbeit mit vielen afrikanischen Staaten neu sortiert. Im Zuge dessen werden bestehende Abhängigkeitsmuster zwischen Afrika und Europa reproduziert, aber auch neue Anforderungen an die afrikanischen Staaten geschaffen, den europäischen ökologischen Umbau zu realisieren. Das könnte dazu führen, dass afrikanische Staaten weniger nationalen Spielraum für sozial-ökologische Transformation haben und nur die bisherigen nationalen Eliten und Kapitalfraktionen gestärkt werden. Das lässt sich skizzenhaft an den Beispielen Energie/Wasserstoff und Biodiversität zeigen.

Was der EGD mit afrikanischen Staaten zu tun hat

Die Europäische Union (EU) hat 2019 den EGD ausgerufen, der nachhaltige und ökologische Rahmenbedingungen im EU-Wirtschaftsraum realisieren soll, um damit einen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise zu leisten. Der Fahrplan hat vor allem Strategien und die Finanzierung für europäische Länder im Blick. Zentrales Thema ist die Energiewende und die Umsetzung verschiedener Finanzierungsmodelle und Fonds (Europäische Kommission 2019: 18ff.). Die Projekte des EDG sind allerdings nicht nur für den europäischen Binnenmarkt relevant, sondern auch für viele Ökonomien anderer Staaten. Die EU entwickelt, priorisiert und implementiert neue Politikfelder, neue Standards, Normen und Regeln – und erschließt sich damit neue Märkte für das Kapital. Dazu gehört etwa die Schaffung neuer internationaler CO₂-Märkte

oder die Sicherstellung des Zugangs zu Rohstoffen, zum Beispiel Kobalt für Batterien, das vor allem in der Demokratischen Republik Kongo abgebaut wird. Dazu gehört auch die Implementierung neuer Standards für Wertschöpfungsketten. So müssen zum Beispiel eingeführte Lebensmittel zukünftig einschlägigen EU-Umweltnormen entsprechen (Pallinger 2020; Europäische Kommission 2019: 6). Diese Maßnahmen haben direkte und indirekte Auswirkungen auf europäische Handelspartner. Denn es geht nicht nur um den Austausch von Waren: Auch nichttarifäre Hemmnisse, unter anderem im Bereich erneuerbarer Energien, sollen ausgeräumt werden (Europäische Kommission 2019: 26). Die EU setzt dabei auf Mechanismen der »tiefen Integration«, die etwa in den Nord-Südbeziehungen auch den Transfer von institutionellen Elementen umfasst (Claar/Nölke 2013). Innerhalb des EGD schlägt sich das unter anderem in »grüner« Rechtsprechung nieder, denn da will die EU neue Maßstäbe setzen.

Parallel zu den Veränderungen der nationalen und europäischen Politiken verändert der EGD auch die thematischen Schwerpunkte in der EU-Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik. Zum Beispiel soll Nachhaltigkeit und grüne Entwicklung für die Neuausrichtung der EU-Afrika-Partnerschaft der zentrale Anker sein und steht auf der Agenda für den EU-Afrikanische Union Summit 2021 (Laporte 2020). Die Themen der nachhaltigen Entwicklung sind für viele afrikanische Staaten kein Neuland, wenn sie mit diversen Maßnahmen versuchen, die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bis 2030 umzusetzen. Zum Beispiel gibt es verschiedene

Politikprogramme für die Gewährleistung des Zugangs zu Energie (SDG 7) und Energiewendeprozesse. Die Möglichkeiten, erneuerbare Energien einzusetzen, sind jedoch sehr unterschiedlich, je nachdem, ob die ökonomisch starken Staaten (zum Beispiel Nigeria, Südafrika), aufstrebende Staaten (zum Beispiel Ghana, Ruanda) oder ärmere Länder (zum Beispiel Togo, Malawi) betrachtet werden (Müller u.a. 2020). Bei der Umsetzung der *Sustainable Development Goals* sind zudem viele private Akteure und transnationale Kapitalklassen in den Prozessen involviert (Claar 2020). Da viele im EGD vorgesehenen Maßnahmen von Ressourcen und Produkten aus den afrikanischen Staaten abhängen, werden diese das asymmetrische Verhältnis zwischen Europa und Afrika reproduzieren. Das lässt sich an zwei Beispielen zeigen.

Sauberer Wasserstoff und Biodiversitätsstrategie für Afrika

Trotz formeller Unabhängigkeit und Überwindung des Kolonialismus hat sich das asymmetrische Verhältnis zwischen afrikanischen und europäischen Staaten kaum verändert. Dies schlägt sich insbesondere in der Rolle der afrikanischen Ökonomien nieder, vor allem bei denjenigen, die unverarbeitete Rohstoffe und Lebensmittel nach Europa exportieren. Diese Abhängigkeitsverhältnisse zwischen der EU und afrikanischen Ökonomien zeigen sich auch im Kontext des EDG. Aufgrund der neuen ökonomischen Prioritäten und der neuen Standards, müssen afrikanische Ökonomien auf die europäische Politik des EGD reagieren, statt selbst

Schwerpunkte für eine sozial-ökologische Transformation zu setzen. Das spiegelt die EU-Afrika Strategie im EGD wider: Klima- und Umweltziele sollen ein zentraler Bestandteil der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen der EU und der Afrikanischen Union (AU) sein. Dabei sind »erneuerbare Energien und Energieeffizienz« von zentraler Bedeutung sowie die Sicherstellung der Biodiversität im Rahmen des Programms »NaturAfrica« (Europäische Kommission 2019: 25).

Beim Thema Energie bildet insbesondere die Gewinnung von sauberem Wasserstoff einen Schwerpunkt. Es ist für die EU notwendig, sich langfristig Zugang zu Ressourcen zu sichern. Umgekehrt sind im Kontext der Energiewende neue Absatzmärkte für (neue) Technologien europäischer Unternehmen von Bedeutung, die den Markt für erneuerbare Energien dominieren (Müller/Claar i.E.). Im Sommer 2020 hat die EU ihre Wasserstoff-Strategie veröffentlicht. In dieser wird Afrika, insbesondere Nordafrika, als Partner identifiziert und dem Kontinent eine hohe geografische Nähe und erneuerbares Energiepotenzial bescheinigt. Gleichzeitig soll eine Kooperation mit der AU innerhalb der »Africa-Europe Green Energy Initiative« zum Schwerpunkt des sauberen Wasserstoffs aufgebaut werden (Europäische Kommission 2019: 19, 23). Für eine erfolgreiche Energiewende in Afrika braucht es nicht nur Investitionen, sondern auch deutsche und europäische Technologien (Kemfert/Müller 2020: 12). Hierfür wurde eine europäische Allianz für sauberen Wasserstoff gegründet, die neue Technologien rund um das Thema Wasser-

stoff entwickeln will. Neben staatlichen Institutionen und Forschungseinrichtungen sind verschiedene Unternehmen an der europäischen Wasserstoffallianz beteiligt: aus dem Energiebereich unter anderem RWE und E.ON, aus der Stahl- und Logistikindustrie ThyssenKrupp und die Deutsche Post DHL Group sowie aus dem Banken- und Finanzsektor die Deutsche Bank AG (Europäische Kommission 2020d). Es besteht also ein breiter Zusammenschluss verschiedener Kapitalfraktionen, die den Wasserstoffmarkt fördern, Nutzen aus der Wasserstofftechnologie ziehen und sich ihren Zugang sichern wollen.

Bis zum Jahr 2030 soll eine erhebliche Menge sauberer Wasserstoff für die innereuropäische Nutzung gewonnen werden – 40 Gigawatt Elektrolyse-Kapazitäten in Europa und 40 Gigawatt Elektrolyse-Kapazitäten außerhalb (Europäische Kommission 2020c: 3). Die Gewinnung der 40 Gigawatt Elektrolyse-Kapazitäten außerhalb der EU soll vor allem durch strategische Partnerschaften mit nordafrikanischen Staaten ermöglicht werden, etwa mit Marokko. Denn »mit der Sonne Afrikas lässt sich Wasserstoff unter konkurrenzlos sauberen und günstigen Bedingungen produzieren – zunächst für sich und später für den Weltmarkt« (Kemfert/Müller 2020: 12). Der erste Grundstein wurde bereits von Deutschland mit einem Kredit für Marokko für den Bau der ersten grünen Wasserstoffanlage gelegt (Riedel 2020). Es bleibt offen, ob die saubere Wasserstoff-Strategie den ausgewählten Partnern in Nordafrika selbst zugute kommt. Im deutschen Mediendiskurs wird die Sorge geäußert, dass Europa bzw. Deutschland sich abhängig machen

würde, und die Import-Länder selbst erst ausreichend erneuerbare Energien produzieren müssten (Witsch 2020).

Das ausländische Kapital, vor allem große transnationale Unternehmen, hat leichteren Zugang zur »grünen« Wirtschaft, während afrikanisches Kapital und lokale Unternehmen in Afrika nur begrenzten Zugang zu Wissen, Finanzen und Technologie haben. Dies zeigen etwa die Gewinner der Ausschreibungen für erneuerbare Energien in Südafrika (Claar 2020; Müller/Claar i.E.). Dabei wird ein altes Muster reproduziert: die Technologieentwicklung bleibt in den Händen von europäischen Konzernen. Damit bleibt europäische Technologie zentral für die Wasserstoffstrategie. Bisher werden afrikanische Akteure und Wissen bei der Umsetzung der Wasserstoffstrategie nicht eingebunden, eine Aneignung des Prozesses wird nicht ermöglicht.

Die Entwicklung einer EU-Biodiversitätsstrategie ist ein weiteres zentrales Feld der EU-Afrika-Strategie innerhalb des EGD. Diese muss im Kontext der Debatten zum UN-Abkommen über biologische Vielfalt gesehen werden. Ein Grundsatz ist hier der Netto-Gewinn, d.h. dass der der Natur mehr zurückgegeben als genommen wird (Europäische Kommission 2020b: 1, 19). Dieses Konzept der sogenannten *biodiversity offsets* wird schon länger verfolgt. Allerdings ist fraglich, ob damit bestehende biologische Vielfalt geschützt, oder aber vielmehr eine Kommodifizierung von Biodiversität durch internationale Verträge und Strategien festgeschrieben wird (OECD 2016).

In diesem Sinne muss auch die im EDG angesprochenen Idee der Afrikas-

strategie gedeutet werden. Ein Teil davon ist das Projekt »NaturAfrica«, das zum Ziel hat, die Biodiversität in Afrika zu schützen und dabei die Bevölkerung und privatwirtschaftliche Akteure miteinbeziehen will (Europäische Kommission 2019: 25). Auf den ersten Blick erscheint dies als ein wichtiges und sinnvolles Anliegen, da die Artenvielfalt Afrikas sowohl in der Tier- und Pflanzenwelt einzigartig ist. Problematisch ist dabei allerdings, dass es schon jetzt diverse Probleme mit der Zerstörung, der (illegalen) Landnahme und der Militarisierung von Naturparks sowie mit Menschenrechtsverletzungen im Rahmen europäischer Programme gibt (Grünwald 2020; Minority Rights Group 2020). Die Zivilgesellschaft kritisiert an der Biodiversitätsstrategie der EU massiv deren einseitiges Handeln. Zudem werden eigentliche Probleme wie die Frage von Landnutzung, Landbesitz und Armut damit nicht geklärt. Mit den Betroffenen wird nicht gesprochen, und sie werden auch nicht in die Prozesse miteinbezogen (Rainforest Foundation u.a. 2020). Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen fordern daher ein Ende des grünen Kolonialismus, die Beteiligung an den Prozessen und eine Neudefinition von Naturschutz: Dessen bisherige Definition deckt sich nicht mit den aktuellen Debatten um Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit. Zu den weiteren Forderungen gehört, dass Tourismus nicht als Naturschutz bewertet wird und die realen Lebensumstände der Bevölkerung anerkannt werden müssen (Mordecai Ogada in Docip 2020).

Mit den Feldern »saubere Energie« und Biodiversität schafft die EU-Tat-

sachen in afrikanischen Ländern. Die Ungleichheiten zwischen Afrika und Europa werden weiter vertieft. Die Möglichkeit für eine grundlegende sozial-ökologische Transformation in den afrikanischen Staaten wird durch die EU limitiert, auch wenn dadurch andere »rasche Fortschritte auf dem Weg zu einer grünen Kreislaufwirtschaft« (Iacobuta 2020) erwartet werden. Die Muster der abhängigen Entwicklung, die den kritischen EU-Afrika-Diskurs dominieren, setzen sich fort – und reproduzieren damit die bekannten Fehler der Vergangenheit.

In den Diskussionen zu einer »nachhaltigen« Wirtschaft werden institutionell unterschiedliche Gegebenheiten und Strukturen nicht berücksichtigt. Auch hier wird wieder der Versuch unternommen, bestimmte institutionelle Rahmenbedingungen wie die Vorgabe von »grüner« Rechtsprechung im Bereich der grünen Wirtschaft zu implementieren. Dadurch profitieren bestimmte Kapitalfraktionen innerhalb der verschiedenen afrikanischen Staaten, so zum Beispiel die großen Energieunternehmen in Marokko von dem Bau einer Wasserstoffanlage. Grundsätzlich bleibt dabei die Frage offen, ob die Ungleichheit und die Armut, auch die Energiearmut, in den afrikanischen Staaten mit dem europäischen Grünen Deal überwunden werden kann, wenn in Bezug auf Handel, Wertschöpfungsketten, Normen und Standards neue Hürden aufgestellt bzw. Handelsverträge nicht aktualisiert werden (ebd.). Die beiden skizzierten Politikfelder Wasserstoff und Biodiversität legen schon jetzt nahe, dass nur eine kleine Gruppe der afrikanischen Bevölkerung langfristig

von den Maßnahmen der EU profitiert, während der Großteil in der Transformation kaum Mitsprachemöglichkeiten haben wird. Nicht ohne Grund findet sich im EGD immer wieder der Verweis, dass einzelne Akteure, wie Landwirt*innen oder aber der Konsument*innen, in den Prozess der grünen Kreislaufwirtschaft mit einbezogen werden müssen (Europäische Kommission 2019: 7, 14). Dies wird auch im Zuge der Biodiversitätsstrategie für Afrika gefordert.

Eine gerechte sozial-ökologische Transformation für Afrika

Damit bleibt die Frage: Wie kann eine gerechte sozial-ökologische Transformation aussehen, die nicht nur den politischen und kapitalistischen Elite Afrikas neue Möglichkeiten eröffnet? Auch wenn es in den jeweiligen afrikanischen Staaten unterschiedliche historische, ökonomische und politische Kontexte gibt, so lassen sich allgemeine Schlussfolgerungen ziehen. In den Diskussionen um eine »ökologische Modernisierung« und eine »grüne Kreislaufwirtschaft« wird deutlich, dass es um Reformen des kapitalistischen Weltmarktes geht, die vor allem aus dem globalen Norden initiiert werden (Brockington/Ponte 2015). Die Veränderung der Strukturen steht weniger im Zentrum und dies bedeutet aus dem Blickwinkel der permanenten Abhängigkeit der afrikanischen Ökonomien, dass es schwierig sein wird, eine gerechte sozial-ökologische Transformation umzusetzen. Die Abhängigkeiten der afrikanischen Länder schreiben sich auch in den EDG und seine bisherige Praxis ein, denn Kapital, Investitionen und Entwicklung verändern sich

nicht – nur die Natur wird weiter kommodifiziert (Claar 2020).

In den Diskussionen um eine sozial-ökologische Transformation gibt es immer wieder den Bezug auf das Konzept eines gerechten Übergangs (*Just Transition*). Dieses stellt die soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt und betont, dass es notwendig ist, die Bevölkerung und die Betroffenen aktiv einzubinden und ihnen auch Zugang zu Informationen zu geben (zu den verschiedenen Begriffen von Energiegerechtigkeit vgl. Jenkins u.a. 2016). Dazu gehört, den Zugang zu Energie sicherzustellen und die Sorgen der Beschäftigten in den »braunen Industrien« ernst zu nehmen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu sehen, dass es in afrikanischen Kontexten nur wenig staatliche soziale Absicherung gibt und die Arbeitslosenquoten extrem hoch sind.

Es gibt diverse Ansätze auch aus afrikanischen Kontexten, die sich mit sozial-ökologischer Transformation befassen und eigene Ideen für die Bekämpfung des Klimawandels einbringen. Deshalb ist keine Übertragung des institutionellen Settings der EU nach Afrika erforderlich. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die im August 2020 veröffentlichte *Climate Justice Charter*. Über sechs Jahre wurde hierfür mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Südafrika eine allumfassende Vorstellung einer gerechten sozial-ökologischen Transformation entwickelt. Während der EGD innerhalb des bestehenden Systems agiert, entwickelt die Charter eine Vision von einer ökonomischen systemischen Alternative, die notwendig für eine ökologische Transformation ist. Dabei geht es auch um die Teilhabe der Bevölkerung an der

Planung und Umsetzung dieser Transformation (COPAC/SAFSC 2020). Wäre die Bevölkerung deutlich mehr in die entsprechenden Prozesse einbezogen, dann wäre damit auch die Möglichkeit gegeben, Ungleichheit und Armut zu verringern. Dennoch scheint es global darauf hinauszulaufen, dass die grüne Kreislaufwirtschaft eher einen Prozess zur Umwandlung kapitalistischer Gesellschaften in einen grünen Kapitalismus darstellt, mit dem die gesellschaftlichen Naturverhältnisse reguliert werden (Brand 2015) und der die bestehenden Nord-Süd Verhältnisse reproduziert. Soll dagegen eine sozial-ökologische Transformation in Afrika verwirklicht werden, dann sind mehr Analysen zu einer (grünen) Entwicklung aus der Perspektive dieses Kontinents nötig.

Literatur

- Brand, Ulrich (2015): Green Economy and Green Capitalism: Some Theoretical Considerations. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 28 (3): 118-137. DOI: <http://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-28-3-118>.
- Brockington, Dan / Ponte, Stefano (2015): The Green Economy in the global South: experiences, redistributions and resistance. In: *Third World Quarterly* 36(12): 2197-2206. DOI: <https://doi.org/10.1080/01436597.2015.1086639>.
- Claar, Simone (2020): Green Finance and Transnational Capitalist Classes – Tracing Vested Capital Interests in Renewable Energy Investment in South Africa. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 37(4): 110-128. DOI: <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-36-4-110>.
- /Nölke, Andreas (2013): Deep Integration in North-South Relations: Compatibility Issues between the EU and South Africa. In: *Review of African Political Economy* 40(136): 274-289. DOI: <https://doi.org/10.1080/03056244.2013.794726>.
- COPAC/SAFSC (2020): Climate Justice Charter, August 2020. URL: <https://www.safsc.org.za/>, Zugriff: 2.1.2021.
- Docip (2020): EU-Biodiversity Strategy 2030: What's in it for Indigenous Peoples and Local Communities. Aufzeichnung. URL: <https://www.youtube.com>, Zugriff: 2.1.2021.
- Europäische Kommission (2019): Der europäische Grüne Deal. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. COM Nr. 619.
- (2020a): Towards a comprehensive Strategy with Africa. URL: <https://ec.europa.eu/>, Zugriff: 9.3.2020.
- (2020b): EU Biodiversity Strategy for 2030. Bringing nature back into our lives. URL: <https://eur-lex.europa.eu/>, Zugriff: 20.5.2020.
- (2020c): Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff. URL: <https://ec.europa.eu/>, Zugriff: 8.7.2020.
- (2020d): European Clean Hydrogen Alliance Members. URL: <https://ec.europa.eu/>, Zugriff: 6.11.2020.
- Grünewald, Andreas (2020): Die Militarisierung des Naturschutzes. In: *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 50(4): 697-704. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i201.1920>.
- Iacobuta, Gabriela (2020): Was bedeutet der Green Deal für den globalen Süden? URL: <https://www.welthungerhilfe.de>, Zugriff: 31.8.2020.
- Jenkins, Kirsten u.a. (2016): Energy Justice: A Conceptual Review. In: *Energy Research & Social Science* 11: 174-182. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.erss.2015.10.004>.
- Kemfert, Claudia / Müller, Gerd (2020): Exportieren wir Nachhaltigkeit. In: *Wirtschaftswoche* 35: 12.
- Laporte, Geert (2020): The AU-EU Summit didn't prove immune to COVID-19 – but that may be a blessing in disguise. ECDPM commentary. <https://ecdpm.org/>, Zugriff: 14.9.2020.
- Minority Rights Group International (2020): MRG and other NGOs concerned over the EU's planned NaturAfrica initiative.

- URL: <https://minorityrights.org/>, Zugriff: 25.9.2020.
- Müller, Franziska / Claar, Simone (i.E.): Auctioning a 'Just Energy Transition'? South Africa's Renewable Energy Procurement Programme and its Implications for Transition Strategies. In: Review of African Political Economy.
- OECD (2016), Biodiversity Offsets: Effective Design and Implementation, OECD Publishing, Paris. DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264222519-en>.
- Pallinger, Jonas (2020): Wie sich Europa künftig wichtige Rohstoffe sichern will. In: Der Standard. URL: <https://www.derstandard.at/>, Zugriff: 3.9.2020.
- Rainforest Foundation u.a. (2020): RE: Concerns over the EU's planned NaturAfrica initiative. URL: <https://www.rainforest-foundationuk.org/>, Zugriff: 25.9.2020.
- Riedel, Donata (2020): Wasserstoff-Industrie startet in Marokko mit deutscher Aufbauhilfe (6.12.2020). URL: <https://www.handelsblatt.com/>, Zugriff: 2.1.2021.
- Witsch, Kathrin (2020): Forscher warnen vor Abhängigkeit bei grünem Wasserstoff. URL: <https://www.handelsblatt.com/>, Zugriff: 4.11.2020.

**Quellen
stellen
statt quer
lesen**

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 Euro. Bestellungen unter www.akweb.de